

Der Krieg um das Kosovo und die Haltung der Ukraine

Haran', Oleksij Vasylovyc

Veröffentlichungsversion / Published Version

Forschungsbericht / research report

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Haran', O. V. (1999). *Der Krieg um das Kosovo und die Haltung der Ukraine*. (Aktuelle Analysen / BIOst, 18/1999). Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-47936>

Nutzungsbedingungen:

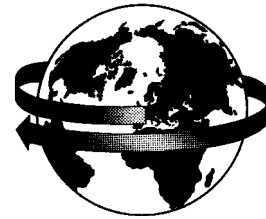
Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.



Aktuelle Analysen

Nr. 18/1999

5. Mai 1999

Der Krieg um das Kosovo und die Haltung der Ukraine

Zusammenfassung

Die überwiegende Mehrheit der ukrainischen Gesellschaft trat für eine Lösung des Kosovo-Problems mit nichtmilitärischen Mitteln ein. Die Linken nutzten die militärischen Operationen der NATO gegen Serbien zur Offensive gegen die Kooperation der Ukraine mit westlichen Institutionen. Trotzdem beabsichtigt Präsident Kučma, die Zusammenarbeit mit der NATO und dem IWF fortzusetzen. Den Linken wird es kaum gelingen, Kiev von der "mehrgleisigen Politik" auf die GUS umzuorientieren. Darüber hinaus kann die Position der Linken, die mit der Fragestellung nach Aufhebung des atomwaffenfreien Status der Ukraine drohen, von Kučma am Vorabend der Präsidentschaftswahlen zur Diskreditierung der Linken gegenüber Wählern und ausländischen Partnern Kievs genutzt werden.

Angriff der Linken auf die Zusammenarbeit mit der NATO und dem IWF

Die militärischen Operationen der NATO gegen Serbien riefen Kritik seitens der Opposition selbst in den Ländern Ostmitteleuropas hervor, die diese Operationen offiziell unterstützten (Slowakei, Bulgarien, Rumänien). In der Tat führte die NATO-Aktion zu einer prinzipiell neuen Situation, in der die Anwendung von militärischer Gewalt gegen einen souveränen Staat seitens der Allianz weder von der UNO noch vom NATO-Statut sanktioniert ist. Rußland und Belarus' verurteilten die NATO-Politik am schärfsten.

Auch für die Ukraine entstand eine neue Situation. Trotz der Position der linken Kräfte,¹ die immer zur "Verteidigung der orthodoxen serbischen Brüder" aufriefen, stießen die Konflikte in Bosnien und Kroatien in der ukrainischen Öffentlichkeit auf eine einhelligere Meinung als der jetzige Konflikt. Allzu offensichtlich waren die Parallelen zwischen den russischen und den serbischen "Sammlern der Erde". Das bestimmte die Position der Exekutive, die die Unverletzlichkeit der Grenzen Kroatiens und Bosniens unterstützte. Von dieser Logik ausgehend, ist klar: weil die Autonome Republik Krim (in der die Ukrainer die Minderheit bilden) zur Ukraine gehört, wird das offizielle Kiev die irredentistischen Forderungen der Kosovo-Albaner nicht unterstützen. Nach Beginn der Militäraktion der NATO gegen Serbien betonten die ukrainischen Massenmedien die Inkonsequenz der Allianz, insbesondere eine Politik, die mit "zweierlei Maß" mißt (z.B. wurde die fehlende Reaktion der NATO auf den Genozid an den Kurden in der Türkei angeführt), und auch die Tatsache, daß die

¹ Im ukrainischen politischen Lexikon werden unter den Linken gewöhnlich vier Parteien verstanden, die links von der Sozialdemokratie angesiedelt sind: Kommunisten (KPU), progressive Sozialisten (PSPU), Sozialisten (SPU) und die Bauernpartei (SelPU).

Charta über die besondere Partnerschaft (distinctive partnership) zwischen der Ukraine und der NATO, die einen Konsultationsmechanismus zwischen den Partnern in Krisensituationen vorsieht, ignoriert wurde.

Die Position der NATO wurde bereits in einer Erklärung der Verchovna Rada (VR) vom 19. Februar 1999 kritisiert. Darin wurde betont, daß "durch Erpressung der jugoslawischen Seite mit dem Einsatz von Truppen im Kosovo, d.h. durch einen Anschlag auf die territoriale Integrität eines souveränen Staats, diese destruktiven Kräfte einen militärischen Konflikt in Mitteleuropa provozieren".²

Am 24. März 1999 (nachdem die NATO bereits den Beschluß über die Bombardierung Jugoslawiens gefaßt hatte, doch noch vor ihrem Beginn) behandelte die VR auf einer Sondersitzung diese Frage. Es zeigte sich, daß praktisch alle Fraktionen die Anwendung von Militärgewalt gegen Jugoslawien verurteilen oder zumindest nicht unterstützen. Selbst der Leader der national-demokratischen Partei "Ruch" (die den Beitritt der Ukraine zur NATO unterstützt), Vjačeslav Čornovil, betonte die Inkonsequenz der Aktionen der Allianz: "Dies ist zum erstenmal in der Geschichte der NATO ein offener Angriff auf einen souveränen Staat. Doch die Ukraine muß und kann mit der NATO zusammenarbeiten."³

Die VR verabschiedete zwei Dokumente. Mit 278 Stimmen wurde der Text eines Dokuments angenommen, das mit 237 Stimmen die Bezeichnung "Erklärung der VR über die aggressiven Operationen der NATO gegen die Bundesrepublik Jugoslawien" erhielt (für die Beschlußfassung ist die absolute Mehrheit der Gesamt Abgeordnetenstimmen [450], d.h. 226 erforderlich). Außer diesem Dokument wurde mit 231 Stimmen bei 43 Gegenstimmen von 346 Anwesenden ein Beschluß gefaßt, in dem dem Präsidenten vorgeschlagen wurde, als Vermittler im Konflikt aufzutreten; das Kabinett wurde beauftragt, einen Gesetzentwurf über die Aufhebung des Status der Ukraine als atomwaffenfreier Staat (!) in die VR einzubringen (dafür stimmten 241 Abgeordnete).⁴ Weil die Linken in der VR insgesamt 175 Mandate besitzen, hat folglich auch eine Reihe von Zentristen oder Rechten dafür gestimmt. Der Beschluß über die mögliche Aufhebung des atomwaffenfreien Status löste besorgte Reaktionen westlicher Beobachter aus, obwohl insgesamt klar war, daß dies ein symbolischer Protest war, der lediglich die Politik der Ukraine diskreditierte. Trotzdem mußte der Pressedienst der VR eine Erklärung abgeben, daß der Regierung lediglich vorgeschlagen wird, einen Gesetzentwurf einzubringen, der dann vom Parlament behandelt wird. Oleksandr Moroz, einer der aussichtsreichsten Kandidaten der Sozialisten für das Präsidentenamt (die in der Fraktion "Linkes Zentrum" dominieren, die für diesen Beschluß stimmte), sagte sogar: "Eine Wiedereinführung von Atomwaffen in der Ukraine ist unmöglich ... man muß erst einmal darüber nachdenken, ob die Ukraine heute in der Lage ist, eine eigene Atomindustrie aufzubauen, um die eigenen Atomkraftwerke mit notwendigem Brennstoff zu versorgen." Und obwohl nach einer vom Institut für soziale und politische Psychologie durchgeführten Meinungsumfrage die Zahl der Befürworter und Gegner eines atomwaffenfreien Status gleich ist (je 34%; 32% konnten sich nicht entscheiden), werden reale Schritte in dieser Richtung in einem Land, das Čornobyl' überlebt hat und in dem die Arbeiter von Atomkraftwerken wegen Nichtzahlung von Löhnen streiken, kaum Unterstützung finden.⁵

Die Operationen der NATO boten den Linken Gelegenheit für ihre Anti-NATO-Propaganda. KPU-Chef Petro Symonenko forderte, die Botschafter der Ukraine aus NATO-Ländern und den Vertreter der Ukraine aus dem NATO-Stabsquartier abzuziehen, alle mit den USA und anderen NATO-Ländern früher getroffenen Vereinbarungen zu überprüfen und alle nötigen Maßnahmen zur Hilfeleistung für Jugoslawien, notfalls auch zur militärischen (!), zu ergreifen.⁶ Valentin Zubov (SelPU) von der Fraktion "Linkes Zentrum" unterstützte den Vorschlag, die diplomatischen Beziehungen zu den USA abzubrechen. Ein ernstes Argument waren die ökonomischen Folgen der Militäroperationen

² Holos Ukrađny, 20.3.1999.

³ Den', 27.3.1999.

⁴ Holos Ukrađny, 25.3., 26.3.1999.

⁵ Den', 6.4.; 20.4.1999.

⁶ Komunist, 12, März 1999.

für die Ukraine. Der Vorsitzende des VR-Komitees für nationale Sicherheit, der Kommunist Heorhij Krjučkov, schätzte die Verluste durch eine Beteiligung der Ukraine an Sanktionen gegen Jugoslawien auf 4-6 Mrd. US-\$ und die Verluste allein für die Donau-Schifffahrt während der NATO-Operation auf 500 Mio. US-\$.⁷

Heftige Kritik an den NATO-Operationen übte auch der Vorsitzende des Komitees für Auswärtige Angelegenheiten, der Kommunist Borys Olijnyk: "Niemand hat das Recht, den Ukrainern zu verbieten, dem Ruf des Herzens zu folgen und den jugoslawischen Brüdern zu Hilfe zu kommen." Später erklärte er, daß nach den Serben die Ukrainer an der Reihe sein könnten.⁸ Die Position Olijnyks zeigte, daß die Hoffnungen auf Bildung eines national-kommunistischen Flügels innerhalb der KPU, der gegen ein Wiedererstehen der Sowjetunion eintreten würde (und gerade mit seinem Namen verband man diese Möglichkeit), praktisch zerstoßen sind. Olijnyk nahm eine allzu eindeutige antiwestliche und panslawistische Position ein. Panslawistische Losungen werden sowohl von der Bauernpartei mit dem Parlamentsvorsitzenden Oleksandr Tkačenko an der Spitze als auch von Kommunisten und Sozialisten aktiv eingesetzt. (Gleichwohl vertreten die Sozialisten moderatere Positionen als die Kommunisten. Bekannt sind insbesondere die Worte von Moroz: "Derjenige, der der Vergangenheit der UdSSR nachtrauert, hat kein Herz, und derjenige, der an ein Wiedererstehen der UdSSR denkt, hat keinen Kopf."⁹)

Die ultraradikale Ukrainische Nationale Versammlung (UNA) hatte schon früher die panslawistische Karte gespielt. Einer ihrer Führer, Dmytro Korčyn'skyj, behauptete in Moskau bei einem Treffen mit Vladimir Žirinovskij und dem Theoretiker des Nationalbolschewismus duard Limonov, daß die Beziehungen zwischen der Ukraine und Rußland an die Beziehungen zwischen den USA und Kanada erinnern sollten, wobei allerdings die Ukraine die Rolle der USA spielen wird.¹⁰ Sowohl die Linken als auch die UNA organisierten Demonstrationen gegen die Bombardierung Serbiens vor der Botschaft der USA in Kiev. Einige westliche Beobachter sahen in der Verurteilung der NATO-Aktionen und in der Kritik am atomwaffenfreien Status der Ukraine eine Möglichkeit zur Vereinigung von Nationalisten und prorussischen Kräften. Aber in der Realität gibt es kaum eine solche Möglichkeit, weil die Linken für ein Wiedererstehen der Sowjetunion eintreten. Außerdem war die UNA im vorigen Parlament mit nur drei Abgeordneten vertreten; gegenwärtig ist sie im Parlament nicht mehr vertreten.

Die militärischen Operationen gegen Serbien schufen in der VR einen ungünstigen Hintergrund für die Behandlung des von der Regierung unterzeichneten Memorandums über die Zusammenarbeit mit dem IWF für 1998-2001. Der Erste Sekretär des Politrats der SPU, Josyp Vins'kyj, erklärte, daß "wir gegen jegliche Zusammenarbeit mit dem IWF sind" und daß "man die Handlungen des Kabinetts und der Nationalbank als Staatsverbrechen bezeichnen muß".¹¹ Über die Resolution der Linken, die aufrief, das Memorandum abzulehnen, wurde am 25. März viermal abgestimmt; sie verfehlte jedoch die Mehrheit um 21 Stimmen. Am folgenden Tag nahm die VR mit 231 gegen 44 Stimmen eine Kompromißresolution an, wonach das Kabinett und die Nationalbank "die Kompetenzen überschritten haben". Interessant ist, daß der IWF am gleichen Tag den Beschluß faßte, die wegen der schleppenden Reformierung der Ukraine im November 1998 auf Eis gelegten Tranchen wieder freizugeben. Am 30. März gewährte die Weltbank der Ukraine einen Kredit in Höhe von 110 Mio. US-\$.

Im ukrainischen Parlament sollte die Zusammenarbeit mit der NATO schon seit langem auf einer nichtöffentlichen Sitzung der VR behandelt werden. Doch jetzt bestanden die Linken auf einer öffentlichen Diskussion. In ihrer Kritik nutzten die Kommunisten die Tatsache, daß ebenso wie das Memorandum über die Beziehungen zum IWF auch das staatliche Programm für die Zusammenarbeit

⁷ Sitzungsstenogramm des Obersten Rats der Ukraine vom 6.4.1999.

⁸ Komunist, 13, April 1999; Fernsehinterview "7 dnej" vom 18.4.1999.

⁹ Tovariš, 25, 1997; 4, 1999.

¹⁰ Holos Ukrađny, 5.3.1999.

¹¹ Tovariš, 13, April 1999.

mit der NATO bis 2001 nicht rechtzeitig publiziert worden war. Auch sei die Form der Dokumente über die Zusammenarbeit mit dem IWF und der NATO so gewählt worden, daß sie von der VR nicht ratifiziert werden mußten (was der Wirklichkeit entspricht). Symonenko wandte sich erneut dem Thema Atomwaffen zu, die "ohne Ratifizierung eines Abkommens aus der Ukraine abgezogen wurden. Kravčuk hat verräterisch das Abkommen unterzeichnet und die Interessen des Volkes verraten".¹²

Vom 26. März 1999 an behandelte die VR die Frage der Beziehungen zur NATO viermal (was der Geschäftsordnung widersprach!). Schließlich wurde die Resolution, der die etwas abgeschwächten Vorschläge der Kommunisten Krjučkov und Olijnyk zugrunde lagen, am 23. April mit der kleinstmöglichen Stimmenzahl angenommen (von 318 Anwesenden stimmten 226 dafür, 42 dagegen, 6 enthielten sich). Die Resolution fordert: das staatliche Programm der Zusammenarbeit mit der NATO und einige völkerrechtliche Dokumente, die die Beziehungen zu internationalen Organisationen definieren, im Parlament zu behandeln (es handelt sich um die Charta über die besondere Partnerschaft, um das Programm "Partnerschaft für den Frieden" und um das Memorandum über die Gründung eines Informations- und Dokumentationszentrums der NATO in Kiev); Manöver in der Ukraine mit Beteiligung ausländischer Einheiten ohne Zustimmung der VR zu verbieten; dem Kabinett wurde vorgeschlagen, die Vernichtung von strategischen Luftwaffenkomplexen und Raketensilos zu stoppen. Gleichzeitig wurden in der Resolution – im Vergleich zu vorangegangenen Entwürfen – die ethnischen Säuberungen verurteilt und etliche Forderungen gestrichen (insbesondere "die unverzügliche Abberufung" des ständigen Vertreters und des Personals der Mission der Ukraine bei der NATO und die Entfernung von "Ideologen und Befürwortern des NATO-Kurses" von führenden Posten – dabei hatten die Kommunisten den Außenminister, den Verteidigungsminister und den Sekretär des nationalen Sicherheits- und Verteidigungsrats im Auge).¹³

Vermittlungsversuch

Am 25. März 1999 gab das Außenministerium der Ukraine eine Erklärung ab, wonach die NATO-Operationen ohne UN-Sanktionierung durchgeführt werden. Gleichzeitig wurde Besorgnis auch über die Operationen Belgrads geäußert. Sofort dementierte Präsident Kučma die Möglichkeit, daß die Ukraine zum Status eines Kernwaffenstaats zurückkehrt. Trotz der Kritik der Linken besuchte er das NATO-Gipfeltreffen in Washington, in dessen Rahmen auch das Gipfeltreffen der Kommission "Ukraine – NATO" stattfand. Außer Rußland war die Ukraine das einzige Land, dem in der neuen strategischen Konzeption der Allianz ein besonderer Artikel gewidmet wurde, der ihren "besonderen Platz" im euroatlantischen Sicherheitssystem hervorhebt.

Nach positiven Erfahrungen als Vermittler in Transnistrien, wo es wie auch Moskau als Garant für ein Friedensabkommen auftritt, hatte Kiev auch seine Vermittlerrolle in Jugoslawien angeboten, doch ohne Erfolg. Nach dem entsprechenden Beschluß der VR wandte sich jetzt der Premierminister Kanadas, Jean Chretien, mit einem ähnlichen Vorschlag an den Präsidenten, "derselbe Gedanke war auch in einem Brief Clintons enthalten".¹⁴ Deren Vorschlag verbanden Kommentatoren u.a. auch damit, 1. daß sich die Ukraine gegenüber einem möglichen Zusammengehen mit Rußland und Belarus' neutral verhalten habe und 2. daß eine Vermittlung die Autorität Kučmas während des Wahlkampfs stärken könnte; selbst ein Fehlschlag sei für das Ansehen der Ukraine keine Einbuße, weil auch angesehenere Vermittler in den Beziehungen mit Milošević einen Fehlschlag erlitten hätten.¹⁵

Außenminister Borys Tarasjuk besuchte Belgrad, Warschau, Paris, Bonn und London, doch erst am 15. April veröffentlichte die Zeitung "Urjadovyj kur'jer" in groben Zügen die Vorschläge Kučmas. Einer der Präsidentschaftskandidaten, Ex-Premierminister Evhen Marčuk, betonte, daß Kiev

¹² Komunist, 13, April 1999.

¹³ Holos Ukrađny, 27.4.1999.

¹⁴ Holos Ukrađny, 27.3.1999.

¹⁵ Julija Mostovaja, Projti po lezviju balkanskogo noža, in: Zerkalo nedeli, 12, 27.3.1999.

lediglich die westlichen Vorschläge wiederhole.¹⁶ Kučma erklärte seinerseits, daß Kiev keine prinzipiellen Meinungsverschiedenheiten hinsichtlich einer Lösung der Kosovo-Krise mit Moskau habe.

Ein unterschiedliches Echo finden selbst in der Ukraine auch die Erklärungen des Außenministeriums über die Bereitschaft Kievs, sich an friedensstiftenden Kräften unter der Ägide der UNO oder OSZE zu beteiligen. Hervorgehoben wird, daß die Friedensstifter zu Geiseln der NATO-Politik werden können und daß es zu Schwierigkeiten kommt, wenn die Ukraine für deren Finanzierung aufkommen muß.¹⁷

Die Beziehungen zu Rußland und zur GUS

Am 24. März 1999, vor der Behandlung der Frage der NATO-Operationen gegen Serbien, ratifizierte die VR mit 250 Stimmen bei 63 Gegenstimmen die Abkommen über die Schwarzmeerflotte, was die Voraussetzung dafür war, daß der Vertrag mit der Ukraine von der russischen Duma ratifiziert wurde. Und obwohl die National-Demokraten die Abkommen kritisierten (Rußland erhielt die Möglichkeit, einen Stützpunkt in Sevastopol' bis 2017 zu pachten), ging die Mehrheit der Politiker in der Ukraine von der Notwendigkeit aus, daß der Vertrag, in dem Moskau die territoriale Integrität der Ukraine anerkannte, in Kraft tritt. Gleichzeitig bestätigte die Kosovo-Krise noch einmal, wie gefährlich ein russischer Militärstützpunkt in der Ukraine ist, falls es zu einer Konfrontation zwischen Rußland und der NATO kommt.

Die in der Ukraine während der Kosovo-Krise durchgeführten Meinungsumfragen zeigten noch einmal die Widersprüchlichkeit der außenpolitischen Orientierungen der Bevölkerung. Einer Meinungsumfrage vom 26. März in Donec'k zufolge, wo Anti-NATO-Stimmungen sehr ausgeprägt sind, verhielten sich 52% der Respondenten gegenüber den Bombardierungen negativ und 37% "sehr negativ". Dennoch sprachen sich 34% für freundschaftliche Beziehungen zur NATO aus, ohne daß sich die Ukraine der NATO anschließt (für den NATO-Beitritt sind 8%), für ein neutrales Verhältnis zur NATO sind 28%, und nur 14% sind dafür, daß sich die Ukraine der NATO widersetzt.¹⁸ Eine von Sosis Gallup durchgeführte gesamtukrainischen Meinungsumfrage zeigte, daß die meisten Respondenten gleichzeitig sowohl eine "enge wirtschaftliche und politische Union mit Rußland" als auch eine "allseitige Wirtschaftsintegration der Ukraine mit dem Westen" unterstützen. Somit entspricht die "mehrgleisige" Politik der Führung des Landes der Ambivalenz der außenpolitischen Orientierungen der Bevölkerung.¹⁹

Vor Abreise der ukrainischen Delegation nach St. Petersburg zur Sitzung der Interparlamentarischen Versammlung (MPA) der GUS (an der die Ukraine zum erstenmal als vollberechtigtes Mitglied teilnahm) sagte der Parlamentsvorsitzende Tkačenko, daß "die GUS-Staaten eine gemeinsame Verteidigungsdoktrin, vor allem mit Rußland in der Schwarzmeerregion, sowie einen einheitlichen Wirtschaftsraum und eine einheitliche Gesetzgebung haben müssen". In St. Petersburg sprach er vor Journalisten über die Notwendigkeit, den Serben Waffen zu liefern, weil "dies nicht nur erforderlich, sondern auch unsere Pflicht ist".²⁰

Nach Kiev zurückgekehrt, sah sich Tkačenko gezwungen zu erklären, er habe nicht über Militärhilfe, sondern über technische Hilfe, Hilfe für die Flüchtlinge gesprochen. Trotzdem setzte er seine Überlegungen über die Perspektiven einer vertieften Integration mit Rußland fort: "Wenn es einen

¹⁶ Selbst Marčuk glaubte, daß "wir den Westen zwingen müssen, unsere nationalen Interessen zu achten". Damit erläuterte er seine sensationelle Erklärung darüber, daß im Falle eines Bodenkriegs in Jugoslawien die Ukraine die russischen Truppen durch ihr Territorium durchlassen müsse (Den', 15.4.; 20.4.1999).

¹⁷ Zerkalo nedeli, 15, 17.4.1999.

¹⁸ Das Donec'ker Zentrum für politische Studien befragte 100 Respondenten.

¹⁹ Siehe: Ukrainisches Zentrum für Friedens-, Konversions- und Konfliktforschung. Monitoring für Außenpolitik der Ukraine und Sicherheitspolitik. Vortrag: "Öffentliche Meinung in der Ukraine: März 1999" (in ukrainischer Sprache).

²⁰ Den', 31.3.1999; Kiev Post, 8.4.1999. Genaueres über die Integrationsansichten Tkačenkos und seine Rolle bei der Verzögerung des Beschlusses über den Beitritt Kievs zur MPA siehe: O. Haran', Tkačenko – ein ukrainischer Lukašenko?, Aktuelle Analysen des BIOst, 9, 15.3.1999.

einheitlichen Wirtschafts- und Handelsraum gibt, dann wird sich mit Sicherheit die Frage nach einer einheitlichen Währung stellen. Eins folgt logisch aus dem anderen." Er versprach einen Beschluß der VR über die "grundlegenden Veränderungen der Beziehungen zwischen der Ukraine und der NATO". Kučma erklärte seinerseits, daß Beschlüsse der VR die Beziehungen zur NATO nicht beeinflussen werden, und riet den Befürwortern der Hilfe für Serbien, "die eigenen Kinder und Enkel dorthin zu schicken und die Ukraine nicht in einen militärischen Konflikt hineinzuziehen".²¹

²¹ Holos Ukrađny, 7.4.1999.

Auch bei dem Treffen der GUS-Führer am 1. April in Moskau fand die Position Rußlands und Belarus' zum Kosovo-Problem keine Unterstützung, was die schwierige Lage dieser Organisation unterstrich. Die Vorschläge über einen Beitritt Jugoslawiens zur Union Rußlands und Belarus' werden laut Außenminister Tarasjuk lediglich die Spaltung in der GUS vertiefen. Charakteristisch ist, daß selbst in der Erklärung der SelPU-Fraktion äußerst vorsichtig zunächst ein Freihandelsabkommen zwischen Rußland, Belarus' und der Ukraine gefordert wurde, bevor man an einen Beitritt Jugoslawiens zu dieser Union denken könne.

Der Einfluß auf die Präsidentschaftswahlen in der Ukraine

Trotz der Offensive der Linken kann ihre radikale antiwestliche Position von Kučma im Präsidentschaftswahlkampf als ein wichtiger Trumpf auf der Suche nach westlicher Unterstützung genutzt werden. Über eine solche Möglichkeit äußerte sich offen der Kučma sehr nahestehende "Oligarch" Oleksandr Volkov (stellvertretender Vorsitzender des Koordinationsrats für Fragen der Innenpolitik beim Präsidenten der Ukraine): Ein Aufschub der Schuldenrückzahlung und neue Kredite aus dem Westen seien erforderlich, um die Neutralität der Ukraine im Kosovo-Konflikt zu gewährleisten und um zu verhindern, daß die Kommunisten an die Macht kommen, die darauf hoffen, daß die Ukraine den atomwaffenfreien Status aufgibt. Einem anderen radikalen Szenario zufolge kann die weitere Schürung von Hysterie um das Kosovo zur Diskreditierung des Parlaments und zu seiner anschließenden Auflösung beitragen, der der Westen im Hinblick auf dessen antiwestliche Stimmungen keine besondere Aufmerksamkeit schenken würde.²²

Unserer Meinung nach wird jedoch auch die Rolle der Wähler in der Ostukraine, wo die Anti-NATO-Stimmungen traditionell stark sind, in der Wahlkampagne berücksichtigt werden. Deshalb sind seitens der potentiellen Kandidaten Reverenzen in Richtung Rußland möglich oder wenigstens Erklärungen, daß die Ukraine "äquidistant" zu Rußland und zur NATO sei. Aber die Kandidaten müssen in Betracht ziehen, daß reale Mittel für Finanzspritzen für die ukrainische Wirtschaft in den Händen des Westens liegen.

Oleksij Haran'

Oleksij Haran' ist Direktor des Zentrums für nationale Sicherheitsstudien der Universität "Kyďv-Mohyla Akademie".

Übersetzung: Christel Dittmann

Redaktion: Peter Hübner

²² Segodnja, 2.4.1999; Den', 14.4.1999.